

**Unterstützungsaktion für Polizei und Rettungskräfte
- Antrag der CSU/LM/JL/BfL-Fraktion vom 22.06.2020, Nr. 58**

Gremium:	Hauptausschuss Plenum	Öffentlichkeitsstatus:	nicht öffentlich
Tagesordnungspunkt:	HA: 4 PL: 4	Zuständigkeit:	Referat 1
Sitzungsdatum:	HA: 19.10.2020 PL: 23.10.2020	Stadt Landshut, den	06.10.2020
Sitzungsnummer:	HA: 5 PL: 6	Ersteller:	Viertböck, Johannes

Vormerkung:

In dem vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zuletzt im Frühsommer veröffentlichten Lagebild zur Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt die Stadt Landshut bayernweit einen Spitzenplatz ein. Auf ohnehin bereits verhältnismäßig hohem Niveau hat sich die Zahl von verbalen oder körperlichen Übergriffen gegen Polizisten im Stadtgebiet 2019 nochmals deutlich auf 236 Fälle erhöht. Damit weist die Stadt Landshut die höchsten Fallzahlen in Niederbayern auf. Auf den Plätzen zwei und drei folgen mit weitem Abstand die Landkreise Deggendorf (71 Fälle) und Passau (70).

Diese seit einigen Jahren anhaltende, besorgniserregende Entwicklung – von der in geringerem Ausmaß auch Angehörige anderer Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungsdienste betroffen sind – war bereits im Sommer Gegenstand von mehreren Gesprächen zwischen Herrn Oberbürgermeister Putz sowie führenden Vertretern der Polizeiinspektion Landshut um deren Leiter Herrn Eibensteiner und der Bezirksgruppe Niederbayern der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Ziel aller Beteiligten ist es, die Gewalt gegen Polizeibeamte möglichst rasch signifikant zu reduzieren. Angedacht wurden insbesondere präventive Maßnahmen wie eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit, etwa durch Pressemitteilungen und einen gemeinsamen Informationsstand zum Thema im Rahmen des nächsten „Tags der Hilfsorganisationen“ in Landshut. Die von den Antragstellern angeregte, an die lokalen Bedürfnisse angepasste Beteiligung der Stadt Landshut an der vom Bund ins Leben gerufenen Kampagne „Polizei und Rettungskräfte. Für ein sicheres Deutschland“ könnte ein weiterer wesentlicher Bestandteil dieser Öffentlichkeitsarbeit sein und einen Beitrag zur Aufklärung der Bürgerschaft leisten. Als Verbreitungskanäle kommen vor allem die städtische Homepage, der Facebook-Auftritt der Stadt Landshut und flankierend klassische Pressemitteilungen in Betracht.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kampagne „Polizei und Rettungskräfte. Für ein sicheres Deutschland“ mit dem Schwerpunkt Polizei auf die Stadt Landshut umzumünzen und über geeignete Kanäle, insbesondere über den städtischen Facebook-Auftritt und die Homepage www.landshut.de in die Bevölkerung hineinzutragen.

Anlagen:

- Antrag Nr. 58